

# Rieser Tagblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tageskaffee  
Nr. 30.

Das Rieser Tagblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Groschenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Sanitätsamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1336  
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 54.

Dienstag, 4. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tagblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Eringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgegeben für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grunderpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Bilden) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; petraubende und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Frete Tarife, „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezueher keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Zum Briefwechsel Macdonald — Poincaré.

Der Briefwechsel der beiden Ministerpräsidenten zeigt in seinem Wortlaut ein anderes Aussehen, als die kurzen Inhaltsangaben der französischen Presse vermuten ließen; dieser Inhalt läßt es verständlich erscheinen, daß Poincaré acht Tage Zeit verstreichen ließ, ehe er sich dazu entschließen konnte, seine Zustimmung zu der Veröffentlichung zu geben. Der Realpolitiker Macdonald spricht eine andere Sprache als der Utopist Poincaré. Seine Ziele sind klar gemeint; Poincaré ist dagegen ein Modellier, der diplomatisches und geschichtliches Material vorzieht. Macdonald sucht von der Gegenwart, von der harten Wirklichkeit den Weg in eine bessere Zukunft; er liebt den Angriff. Poincaré bleibt in der Parade der nationalitätlichen Phrasologie. So spricht der englische Labour-Mann ganz offen über die Ursachen der französisch-englischen Entfremdung; er redet gern davon, daß in England und bei der Bevölkerung diese Auffassung herrsche, man wird aber nicht sehr gehen in der Annahme, daß er sie teilt. Zum ersten Male wird den Franzosen ganz ohne diplomatische Schminke gesagt, daß die Politik Poincarés den latenten Kriegszustand, die Verembarung eines Krieges bedeute, in dem der französische Militarismus die Hegemonie erstrebt. Macdonald greift aber auch die Gedankenansätze auf, die bereits im amerikanischen Senat Ausdruck fanden: wie die Amerikaner so verstehen auch die Engländer nicht, warum sie Bitten für Frankreich an das eigene Land und an Amerika bezahlen sollen, Bitten für französische Küstungstreite der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Der wohl disponierte Brief des englischen Premierministers behandelt zwei Fragen: die der Sicherheit und die der Reparationen. Er geht weiter als der englische Kolonialminister, der nur Sicherheit gegen Deutschland will. Die Sicherheit nach Macdonalds Auffassung ist eine treugebaute Weltfriede; zu seiner Erreichung will er neutralisierte Gebietsstreifen zwischen gewissen Staaten unter Mitwirkung des Völkerbundes schaffen lassen. Poincaré geht auf diesen Vorschlag nicht ein, der vom englischen Standpunkte aus verständlich, staatsrechtlich aber kaum durchführbar ist. England gehört nicht zu den „gewissen Staaten“, welche den neutralen Stachelströmen brauchen; England hat das Meer mit seinen „Brüderhöfen“. Poincaré versichert aufs Neue, daß er nie an Annexion gedacht habe; kein Zoll deutscher Erde sollte annektiert werden. Mit solchen Unwahrheiten wird Poincaré beim nationalitätlichen Bloß nicht verfallen; nicht aber wird er die Verhandlungen fördern. In das Licht kein deutsches Land? Und das Saargebiet und Schesien? Die Rheingrenze ist das unverzichtbare Ziel der französischen Politiker und Militärs, deren Ehrgeiz ja darüber hinaus reicht. Wenn man gewisse Verbindungen sucht, denkt man doch daran, daß in Westfalen einmal ein französischer König von Napoleons Gnaden saß. Man darf allerdings nicht vergessen, daß Poincaré Abgeordneter ist; man braucht zur Erreichung gewisser politischer Ziele nicht immer gleich offene Annexion; es gibt auch andere Mittel, wie die Unterstufung der Separatisten gesagt hat. Der französische Militarismus richtet sich nach Poincaré natürlich nur gegen Deutschland, nicht gegen England. Die Engländer dürfen im Laufe der Jahrhunderte darüber allerdings andere Erfahrungen gemacht haben, und Macdonald wäre ein schlechter Diplomat, wenn er Versailles schon vergessen hätte.

Was die wirtschaftliche Seite angeht, so lehnt der englische Politiker die Vernichtung Deutschlands ab; er braucht die Wiederherstellung der ruinierten Abgabmärkte, worin England ja offenbar schon Erfolge erzielt hat. Es sei nur an die Kohlenausfuhr nach Deutschland erinnert. Im übrigen bedient sich Macdonald zu der Tätigkeit der Sachverständigen-Ausschüsse; aber er geht weiter: in das Reparationsproblem wünscht er das Problem der internationalen Schulden mit einbezogen. Dieses Vorgehen Macdonalds verdient ernste Beachtung; es berührt sich mit verschiedenen Vorschlägen, die bereits bekannt geworden sind; es ist aber auch geeignet, die Irrtümer jener zu zerstreuen, die glauben, bei der Reparation handle es sich nur um eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, höchstens Belgien andererseits. Das Reparationsproblem ist das Weltproblem, und Deutschland wird sich mit aller Entschiedenheit zu dem von Macdonald proklamierten Verfahren bekennen müssen. Neben dem Irrtum Macdonalds, daß nur die französisch-englische Freundschaft die europäischen Verhältnisse heben könne, soll nicht geredet werden. Mit solchen an sich rein politischen Palliativmitteln kann kein kranter Wirtschaftsorganismus saniert werden. Das zeigt auch der Volkswirtschaftler Macdonald, dem es dabei mehr um eine Köhlerformel als um einen wirtschaftspolitischen Grundsatz zu tun war. Poincaré folgt seinem englischen Kollegen in dessen Wunsch, Deutschland leistungs- und zahlungsfähig zu erhalten, was ihm aber bisher nicht hinderte, die Ruhr Expedition abzubauen. Auch das übrige wirtschaftliche Programm Macdonalds findet nicht den Beifall seines französischen Kollegen, der nur noch eingedenk der von dem Völkerbund befohlenen, allerdings von dem Völkerbund, wie er ihn sich denkt. So wäre also alles in Ordnung, denn auch Poincaré sagt: „Die Schulden es der Zivilisation, daß wir etwig bleiben“, wozu allerdings zu bemerken wäre, daß Frankreich noch andere Schulden an die Zivilisation hat: Die Zurückführung der deutschen Gefangenen, die Verwendung der Kolonialtruppen sind nur zwei Posten aus diesem Schuldkonto Frankreichs an die Zivilisation.

Man wäre versucht, auf Poincarés Brief die Charakteristika des Priors von „Dreigebirgen“ anzuwenden: „Beides muß er, aus zu reden und, was klüger ist zu schweigen.“ Das ist nicht allgemein, das ist an Mac-

donald einen ganz geschickten Diplomaten gegenüber hat. Der geht sogar so weit, in den kritischen Fragen: Rhein, Ruhr, Elsaß einen Rückzug anzutreten, natürlich im Interesse der Freundschaft. Aber Poincaré stellt, daß er hier mit einem lebenswichtigen Briefe auf die Seite gedrängt werden sollte. Der Engländer ist Geschäftsmann, auch wenn er aus Schottland und von der Arbeiterpartei kommt; er will nicht mit dem unheimlichen Konkurrenten eine G. m. b. H. gründen, um mit dieser und als deren Geschäftsführer vor Amerika treten zu können. Die frühere englische Regierung verfolgte dies Ziel ungeschickter und mit größeren Mitteln; Macdonald wendet sich an seinen „lieben Premierminister“, dem gegenüber er der wahrere und wahrhaftigere ist, mehr schottische Gebirgssteile als Pariser Lauschaue.

Die französische Presse meint, der Briefwechsel sei auch an Deutschland gerichtet. Das ist ein Irrtum. Der Abwesende ist Poincaré, und Deutschland hat kein Interesse, in Briefe zu sehen, die nicht an seine Adresse gehen. Das Interesse Deutschlands liegt in einer ganz anderen Richtung. Bei dem politischen Ballspiel zwischen Macdonald und Poincaré darf Deutschland nicht am Ende — der Dummheit sein. Sache einer aufmerksamen deutschen Außenpolitik wird es sein aufzupassen und den Ball aufzufangen. Dazu ist nötig, daß der deutsche Außenminister Macdonald und Poincaré in einer Person ist.

## Deutschland und die Türkei.

Der Türkei ist es als erstem Teilhaber an dem Verband der gegen die ganze Welt sich verteidigenden Mächte gelungen, die Rechte des Friedensbündnisses zu sprengen und wieder ein selbständiges Staat zu werden. Nachdem in den Verhandlungen von Lausanne das Verhältnis zwischen den unmittelbaren Interessenten und der Türkei geregelt worden ist, tritt auch an Deutschland die Verantwortung heran, mit dem alten Bundesgenossen wieder in ein vertraglich festgesetztes Verhältnis zu treten. Mit einer Reihe von Staaten hat die Türkei bereits Abnahmeverträge geschlossen, in denen die gegenseitigen Beziehungen in den Grundlinien festgelegt worden sind. Zuletzt ist ein solcher Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen. Die unmittelbaren Beziehungen zur Vorbereitung eines Freundschaftsvertrages zwischen Deutschland und der Türkei sind nun ebenfalls eingeleitet worden. Es handelt sich zunächst darum, die diplomatischen Beziehungen in der üblichen Form wiederherzustellen. Bisher hat ein Vorkommisrat unter dem Schutze der schwedischen Botschaft die deutschen Interessen vertreten. Bei den Verhandlungen wird neben diesem Vorkommisrat von Sokalei auch noch der deutsche Botschafter in Ankara, Herr von Freytag, zugegen sein. Sobald der diplomatische Rahmen im Großen hergestellt ist, dürfte die Einzelverhandlungen eingeleitet werden, die sich im wesentlichen auf die Reorganisation der Handelsbeziehungen und die Aufhebung der Beschränkungen beziehen. Ueber die Befehung des Vorkommisratens in Konstantinopel sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Das türkische Volk wird ebenso wie das deutsche es nur begrüßen, wenn die durch Blut und Leiden ererbte Freundschaft zwischen beiden Völkern auch wieder in einer aufrichtigeren Regelung der Beziehungen den gebührenden Ausdruck findet.

## Dr. Schacht vor dem Währungsausschuß.

(Paris.) Die Unterkommision für Währungsfragen des ersten Sachverständigenausschusses hat gestern vermittels den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der vom Regierungsrat Meier begleitet war, von 11—1 Uhr angehört. Zur Sprache kamen die Statuten der geplanten Goldbank. Am 3 Uhr nachmittags wurde die Erörterung, der wiederum Dr. Schacht beiwohnte, wieder aufgenommen. Das erste Sachverständigenkomitee hat die auf gestern angelegte Plännung nicht abgelehnt. Was das zweite Sachverständigenkomitee anbelangt, so wird es seine Verhandlungen erst nach Abschluß der Arbeiten des ersten Sachverständigenkomitees wieder aufnehmen. Nach Angaben, die im Hotel Astoria gemacht wurden, ist damit zu rechnen, daß beide Komitees ihre Schlussberichte der Reparationskommision am 15. März unterbreiten werden.

Dr. Schacht reist nach London.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht reist heute früh von Paris zur Fortsetzung seiner Kreditverhandlungen nach London.

## Deutsche Fragen im englischen Unterhaus.

(London.) Im Unterhaus fragte Sir Samuel Hoare den Premierminister, ob er dem Hause eine Mitteilung über die letzten Vorschläge der Regierung an die Alliierten über die Entlassung Deutschlands machen könne. Macdonald erwiderte, die britischen Vorschläge würden augenblicklich von der Vorkommisratenskonferenz erörtert. Er werde bei der ersten möglichen Gelegenheit eine Erklärung abgeben. Gume Williams (Kont.) fragte nach der Größe der französischen Truppen und der britischen Gendarmen im Saargebiet, welche Schritte unternommen würden, um die Gendarmen auszugeben, und ob der britische Vertreter im Völkerbundrat angewiesen werden würde, auf die baldige Zurückziehung der französischen Truppen aus diesem Gebiet zu drängen. Macdonald erwiderte, nach den letzten Informationen der Regierung kämen im Saargebiet augenblicklich 235 französische Offiziere und 4400 Mann. Die britische Gendarmen sei 855 Mann stark. Das Programm für eine allmähliche jährliche Vermehrung werde dem Völkerbundrat am 10. März vorgelegt werden. Die britische Regierung wünsche sehr die schnellste Durchführung der Heranziehungsmittel; doch sollten finanzielle Schwier-

igkeiten die sofortige Bildung einer Gendarmen-Verkaufsbüro. Auf eine ergänzende Frage antwortete Macdonald, der britische Vertreter im Völkerbundrat werde sich bemühen, die Ernennung eines Mitgliedes der Saargebietskommission zu erreichen, die der Bevölkerung vertraut sei; es sei aber nicht üblich, wie vorgeschlagen, die beratende Adressat im Saargebiet zu Vorlägen aufzufordern. Auf weitere Fragen erwiderte der Premierminister, der gegenwärtige Augenblick sei für Schritte zur Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz nicht geeignet. Von der französischen Regierung seien wegen der Verhandlungen Gendarmen über eine Revision des Friedensvertrages keine Schritte unternommen worden.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen verlagert.

(Genf.) Ueber den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen gibt das Völkerbundssekretariat folgende Mitteilung heraus: Die deutsch-polnischen Verhandlungen über gewisse Fragen der Erneuerung der polnischen Staatsangehörigkeit sind bis zum 3. 3. fortgeführt worden. Es wurden für einige Tage verlagert, damit die beiden Regierungen die Lage prüfen können, so wie sie sich nach dreiwöchigen Verhandlungen darstellt. Das Mitglied des Völkerbundsrates Euzo Vantas schlug vor, daß die beiden Delegationsführer noch einmal am 9. 3. mit ihm zusammentreffen möchten, damit er von der Auffassung der beiden Regierungen Kenntnis nehmen könne zur Ausharbeitung eines Verdictes an den Völkerbund, dessen Tagung am 10. 3. in Genf beginne.

## Deutschfeindliche Demonstrationen in Oberschlesien.

(Warschau.) Amlich wird mitgeteilt: Am vorgestrigen Sonntag fanden in ganz Polnisch-Oberschlesien große Kundgebungen gegen die Verhütung polnischer Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien statt. An der Demonstration in Katowitz nahmen ungefähr 6000 Personen teil. Die Redner schilberten die Qualereien (!), denen polnische Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien ausgesetzt seien. Die neue Woge der teutonischen Barbarei, die sich in Deutsch-Oberschlesien erhebe, zerhöhe die friedlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und treibe auf einen neuen Krieg hin. Für den Deutschland die Verantwortung übernehme müsse. In Katowitz wurde eine Sammlung für die in Deutschland verhafteten polnischen Arbeiter veranstaltet. Alle Verhandlungen verliefen in unternünftiger Ordnung.

## Zur Reichstagswahlreform.

Der Reichstagspräsident Lobe hat sich in einem dem „Montag-Morgen“ gewährten Interview für eine Reform des Reichstagswahlrechts ausgesprochen. Der Körper des Reichstages müsse verkleinert werden, auch die Reichstagsausschüsse liegen sich um 10 bis 12 vermindern. Notwendig sei vor allem eine Vereinfachung der Wahlweise, damit bessere Beziehungen zwischen Wählern und Abgeordneten ermöglicht werden und eine individuelle Auswahl der Kandidaten erfolgen kann. Präsident Lobe meint, mit der jetzigen Abrechnung sei die Reichstagswahlreform nicht begraben. Ihre Durchführung werde eine wichtige Aufgabe des neuen Reichstages sein. In ähnlichem Sinne haben sich auch der Zentrumskoordinator Dr. Wirth, der demokratische Fraktionsführer Koch-Weser und der volksparteiliche Abg. A. Raiboroff ausgesprochen.

## Grüne Kundgebungen für die Opfer des Rheins und Ruhrgebiets.

(Mannheim.) Die anlässlich der Mannheimer Pressekonferenz verammelten Mitglieder des Verbandes der süddeutschen Presse im Reichsverband der deutschen Presse haben die Reichsregierung in einer Entschliessung ermahnt, dahin zu wirken, daß die 140.000 Ausgewiesenen des Rheinlandes wieder in ihre Heimat und an ihre Arbeitsstätten zurückkehren dürfen und daß die noch immer zurückgehaltenen 1500 Deutschen, die während des Ruhrkampfes wegen der treuen Erfüllung ihrer Berufsrichtungen verurteilt worden sind, freigelassen werden. In der Entschliessung heißt es weiter: Am heutigen Tage gedenken wir besonders der ausgewiesenen polnischen Redakteure und Verleger. Die Wahrung der Pressefreiheit im Rahmen des Rheinlandskommens ist noch wie vor das Ziel, für dessen Erreichung sich die Presse des beleagerten Gebietes, die Reichsregierung und der Reichsverband der deutschen Presse einsetzen müssen.

## Sozialdemokratischer Kreisdelegiertenentag.

(Dresden.) Am Sonntag fand laut Dresden. Volkszeitung im Volkshaus die sozialdemokratische Kreisdelegiertenversammlung von Groß-Dresden statt. Nach Referaten von Klehner und Bethke wurden der Versammlung zwei Entschliessungen vorgelegt. In der ersten wird die Politik der Partei als durchaus verfehlt bezeichnet, die Politik der Minderheit der Reichstagsfraktion für die richtige erklärt und härtester Kampfkampf zur Grundlage sozialdemokratischer Politik gemacht. Die zweite Entschliessung billigt trotz harter Belastung für die Partei die Politik der Reichstagsfraktion und das Verhalten des Parteivorstandes. Die erste Entschliessung wurde bei Anwesenheit von etwa 350 Delegierten gegen 85 Stimmen angenommen. Die zweite Entschliessung wurde gegen eine etwas kleinere Minderheit abgelehnt. Dementprechend wurde die Ausschließung der Kandidaten zum Reichstags und die Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag vorgenommen. Ueberall erhielten die linkssozialistischen die höchsten Stimmenzahlen.